

Und weil der Mensch ein Mensch ist ...

Zur Debatte um die garantierte soziale Grundsicherung

Von Katja Kipping

1. »Sag mir, wofür du stehst ...« Warum sich für die PDS überhaupt die Debatte um die garantierte soziale Grundsicherung lohnt

Offensichtlich wird eine kleine oppositionelle Partei, wie dies die PDS auf der Bundesebene ist, mit nur wenigen Positionen wahrgenommen. Es sind nicht mehr als drei. Diese Punkte sollen zum einen als Alleinstellungsmerkmale dienen, mit denen die Partei von außen identifiziert wird. Darüber hinaus braucht die PDS gemeinsame Kernziele, um selbst ihre Identität zu verstärken. Die Partei braucht Essentials, die die Kraft haben, die Anhängerschaft zu begeistern.

Wenn man aber nur drei Punkte frei hat, um mit ihnen von der Öffentlichkeit erkannt zu werden, dann kommt es darauf an, dass jeder dieser Punkte ein wirkungsvoller, ein starker ist. Hierüber sollte eine umfassende Debatte in Gang kommen, eine Debatte auch darüber, ob die Forderung nach einer garantierten sozialen Grundsicherung einer dieser Kernpunkte für die PDS werden kann. Dazu gibt es noch viel Klärungsbedarf. Ob die garantierte soziale Grundsicherung ein solches Identität stiftendes Essential sein kann oder nicht, muss sich im Ergebnis eines echten Diskussionsprozesses entscheiden.

2. Was bewirkt die garantierte soziale Grundsicherung?

Die garantierte soziale Grundsicherung (g.s. GS) soll jedem in der BRD lebenden Menschen qua Existenz zustehen. Im Klartext heißt das: Jede und jeder bekommt monatlich eine feste Summe überwiesen; die Verwaltung könnte den Finanzämtern obliegen. Für die Höhe gibt es verschiedene Vorschläge. Die BAG Sozialhilfeinitiativen¹ spricht sich für 800 Euro plus Wohngeld aus. Die Junge Union fordert eine Grundrente von 800 Euro. Innerhalb der PDS wurden Summen von 750 bis 1.000 Euro ins Gespräch gebracht. Auf jeden Fall muss sie die Armutsschwelle von 50 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens der abhängig Beschäftigten überschreiten. Gegenwärtig entspräche dies ca. 750 Euro.

Die Einführung der garantierten sozialen Grundsicherung sollte verbunden werden mit Arbeitszeitverkürzung sowie einem gesetzlich garantierten Mindestlohn. Die Einführung der Grundsicherung könnte zunächst schrittweise, auf besondere Lebenslagen bezogen, erfolgen. Der Anfang könnte mit einer Grundrente oder auch mit einer Kindergrundsicherung gemacht werden.

Die garantierte soziale Grundsicherung bietet viele Vorteile. Alle wären frei von existenzieller Not. Dieses Modell ist transparent und funktioniert unbürokratisch. Die Erniedrigung, um Unterstützung bitten zu müssen, fällt weg. Arbeitsbedingungen werden sich verbessern. Die garantierte soziale Grundsicherung verwirklicht das

¹ Diese Bundesarbeitsgemeinschaft ist ein seit 1991 bestehender bundesweiter Zusammenschluss von in Initiativen engagierten Menschen, die selbst z.T. auf Sozialhilfe angewiesen waren und sich nicht nur als Einzelschicksal begreifen, sondern gemeinsam mit anderen Betroffenen das Problem als ein gesellschaftliches Problem in Angriff nehmen wollen.

Recht auf selbstbestimmte Tätigkeit,² denn die Sicherheit einer sozialen Grundsicherung erleichtert Existenzgründungen ebenso wie die Bildung von Kommunen. Man kann ohne Probleme eine Auszeit nehmen, auch mit 50 Jahren ein Studium beginnen oder ein Sabbatjahr einlegen. Frauen, die in dieser Gesellschaft besonders vom Partnereinkommen abhängig sind, wird eine selbstbestimmte Entwicklung erleichtert. Wenn finanzschwache Haushalte mehr Geld erhalten, werden sie das vorrangig ausgeben, anstatt es zu sparen. Das hilft dem Mittelstand, der schließlich vor allem auf die Binnennachfrage angewiesen ist. Die garantierte materielle Sicherheit ermöglicht Freiheit von Angst – eine wichtige Voraussetzung für demokratisches Verhalten. Wer frei von Existenzängsten ist, bringt sich schließlich eher ein.

3. Gesellschaftlicher Kontext für diesen Vorstoß

3.1. Der Wandel der Arbeitswelt

Die zunehmende Produktivität – seit 1960 ist sie um das Dreifache gestiegen – verändert die Arbeitswelt. Immer weniger Menschen produzieren immer mehr. Diese Entwicklung lässt in Verbindung mit Profitstreben den Bedarf an Arbeitskräften im produzierenden wie auch im klassischen Dienstleistungssektor sinken. Die besonders für Männer üblichen Erwerbsbiographien (Schulabschluss – Berufsausbildung – Berufseinstieg – Karriere im erlernten Beruf – Rente) werden immer seltener und Brüche in den Erwerbsbiographien immer häufiger. Hinzu kommt das, was Vobruba als »doppelte Krise der Lohnarbeit«³ bezeichnet. Gemeint ist das zunehmende Bedürfnis nach sinnstiftender Arbeit. Das bisherige moralische Postulat, Arbeit an sich sei ein Wert, wird zunehmend hinterfragt. Zweiter Bestandteil dieser Krise ist die zunehmende Massenarbeitslosigkeit, die den Sicherungssystemen in ihrer bestehenden Form ihre Finanzbasis entzieht.

3.2. Der Zustand der sozialen Sicherungssysteme

Unser Sozialsystem ist unmittelbar an Erwerbsarbeit gekoppelt. Dies begründet seine Krisenanfälligkeit in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit.⁴ Die existierenden Sicherungssysteme fangen zwar Menschen in Not auf, jedoch ermöglicht das Arbeitslosengeld II kein Leben jenseits der Armut. Leistungsempfängerinnen und -empfänger müssen sich zudem einer erniedrigenden Bedarfsprüfung unterziehen. Die Anrechnung von Partnereinkommen schafft Abhängigkeitsverhältnisse. Die bisherige Bedarfsprüfung bevorteilt Menschen, die auf Grund ihres Bildungsstandes und ihrer kommunikativen Kompetenz problemlos die bürokratische Prozedur handhaben können. Die wirklichen sozialen Härtefälle hingegen sind benachteiligt. Schließlich werden immer noch Menschen obdachlos, einfach weil sie der bürokratischen Prozedur nicht gewachsen sind.

Hinzu kommt, dass die Auszahlung zunehmend an den Zwang, jedes Jobangebot zu jedem Preis anzunehmen, gekoppelt wird. Im Sinne eines selbstbestimmten Lebens und einer Arbeitswelt, in der der einzelne vor dem »Terror der Ökonomie« geschützt wird, gehören Bedarfsprüfung und Arbeitszwang abgeschafft.

² Vgl. dazu: Peter Grottian, Narr, Wolf-Dieter, Roth, Roland: *Sich selbst eine Arbeit geben.*

Alternativen zur "Repressanda 2010": Umverteilung und Aufwertung der Kommunen.

³ Vgl. Georg Vobruba: *Alternativen zur Vollbeschäftigung. Die Transformation von Arbeit und Einkommen.* Frankfurt/Main 2000.

⁴ Vgl. dazu: Ralf Ptak: *Zur Entwicklung des deutschen Sozialstaates.* In: *Sozialstaat und neoliberale Hegemonie.* Berlin 1998.

3.3. Die zunehmende Spaltung und Verarmung

Immer mehr Menschen erwerben geringere Ansprüche und müssen deshalb unterhalb der Armutsschwelle leben. Ein Drittel bis ein Viertel der Bevölkerung ist zumindest kurzzeitig von Armut betroffen. Besonders dramatisch gestaltet sich die zunehmende Kinderarmut (jedes siebte Kind), weil sie soziale Ausgrenzung vererbt und dauerhafte Armutsbevölkerung etabliert. Die Lohnzentriertheit zementiert die bestehenden sozialen Unterschiede.⁵ So kann zum Beispiel eine allein erziehende Mutter mit einer klassischen Arbeiterkarriere weder für die Rente noch für die Arbeitslosigkeit besonders hohe Ansprüche erwerben – im Gegensatz zu einem Beamten.

4. Die häufigsten Einwände gegen die garantierte soziale Grundsicherung

4.1. Fördert sie die Faulheit?

Der Drang, sich selbst zu verwirklichen, ist eine menschliche Grundeigenschaft. Der unbezahlte Einsatz vieler während der Flut im Jahre 2002 bewies: Es gibt bei vielen die Bereitschaft, Tätigkeiten, von deren Notwendigkeit sie überzeugt sind, zu erledigen. Auch die Tatsache, dass 34 Prozent der Bevölkerung (22 Millionen Menschen) sich regelmäßig mehr als 15 Wochenstunden ehrenamtlich engagieren, belegt diese Annahme. Außerdem besteht auch weiterhin ein materieller Anreiz zur Erwerbsarbeit. 750 bis 1000 Euro im Monat sind schließlich kein Reichtum.

Ein Nebeneffekt besteht gerade darin, dass schlecht bezahlte Berufe, zum Beispiel in der Pflege, besser vergütet werden. Schließlich wird es nicht mehr den Druck geben, Arbeit zu jedem Preis annehmen zu müssen. Die Beschäftigten wären demnach in einer besseren Verhandlungsposition. Dies wird ebenfalls für zunehmenden Druck zur Automatisierung bei unangenehmen Jobs wie beim Müllsortieren sorgen. Wer einmal eine manuelle Abfallsortierungshalle von innen erlebt hat, wird begrüßen, wenn diese Arbeit in Zukunft automatisch erledigt wird.

Gegnerinnen und Gegner der garantierten sozialen Grundsicherung unterstellen gern, es ginge nur um das bezahlte Faulenzen. Dies trifft nicht zu. Im Gegenteil, erst die soziale Grundsicherung ermöglicht es, die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Arbeitende und Erwerbslose aufzuheben. Nur konsequente Arbeitszeitverkürzung und Steigerung der Massenkaufkraft können nachhaltig Arbeitslosigkeit abbauen. Dass mit der Grundsicherung die Massenkaufkraft gestärkt wird, ist unbestritten. Bei Arbeitszeitverkürzung stellt sich die Frage, ob mit vollem Lohnausgleich. So manches große Unternehmen mag in der Lage sein, diese richtige politische Forderung zu finanzieren. Aber zumindest die meisten Kommunen und kleinen Betriebe sind dazu nicht fähig. An dieser Stelle kann die g.s. GS als eine Art Lohnausgleich fungieren.

Sicherlich: Es wird auch faule Bezieherinnen und Bezieher einer Grundsicherung geben. So wie es eben auch faule Millionäre und faule Kinder reicher Eltern gibt. Doch ob faul oder nicht, als humanistisch eingestellter Mensch sollte man es in dieser Frage mit Erich Fromm halten: »*Dieses Recht auf Leben, Nahrung und Unterkunft, auf medizinische Versorgung, Bildung usw. ist ein dem Menschen angeborenes Recht, das unter keinen Umständen eingeschränkt werden darf, nicht einmal im Hinblick darauf, ob der Betreffende für die Gesellschaft von Nutzen ist.*«

⁵ Vgl. dazu: Opielka: *Solidarität zwischen den Generationen – Zwischen Verzichtsverzicht und neuen Vorbildern.*

4.2. Ist sie überhaupt bezahlbar?

Für eine Grundsicherung von 1.000 Euro pro Monat und Kopf bedarf es jährlich rund einer Billionen Euro. Da stellt sich selbstverständlich die Frage nach der Finanzierbarkeit. Dazu wurden verschiedene Vorschläge erarbeitet, die natürlich noch weiter untersucht werden müssen. Erstens ersetzt die garantierte soziale Grundsicherung bestehende Sozialleistungen. Allein im Jahr 2000 wurden in der BRD 680 Milliarden Euro Transferleistungen ausgezahlt. Schon durch den Abbau der dafür erforderlichen Bürokratie werden Mittel eingespart. Außerdem rechnet man damit, dass 30 Prozent des Geldes, das an Finanzschwächere geht, über den Umweg von mehr Konsum, Umsatzankurbelung, Mehrwert- sowie Umsatzsteuer wieder im Staatshaushalt landet. Die BAG Sozialhilfeinitiativen hat darüber hinaus eine 50-prozentige Abgabe auf alle Nettoeinkommen vorgeschlagen. Dieser Vorschlag ist nicht unumstritten, da er de facto einer Steuererhöhung gleichkäme. Es ist jedoch zu beachten, dass jeder im Monat ca. 1000 Euro bekommt. Bei einer g.s. GS in Höhe von 1000 Euro, wird die „Take-half“-Abgabe also erst ab einem Nettoeinkommen von mehr als 2000 Euro zu einem Minusgeschäft für den einzelnen. Dafür hat er die Sicherheit, dass er und alle Familienmitglieder in jeder persönlichen Krisenzeit garantiert finanziell mit einer Grundsicherung abgesichert sind.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass es sich hierbei eigentlich nicht um eine Frage der Finanzierung im betriebswirtschaftlichen Sinne handelt. Vielmehr geht es um makroökonomische Verteilungsprozesse. Es geht um eine »Sozialisierung der Investitionen«⁶ bzw. um einen Umverteilungsprozess innerhalb unseres heutigen Bruttosozialproduktes. Dieses betrug im Jahr 2002 rund 2,1 Billionen Euro.

So leer auf die öffentlichen Kassen sind, so ist doch auf der anderen Seite viel Reichtum vorhanden. Von 1994 bis 2001 erhöhten sich die Gewinne der Großunternehmen um 64 Prozent. Allein im vergangenen Jahr stieg die Zahl der deutschen Euro-Millionäre um 25.000. Während die Arbeitseinkommen seit Jahren stagnieren und sinken, haben die Einkommen aus Vermögensbesitz seit 1990 um über 60 Prozent zugelegt. Ein neuer Verteilungskompromiss erfordert natürlich eine grundlegende Reform des Steuersystems. Eine solche Reform ist jedoch sowieso im Sinne der sozialen Gerechtigkeit erforderlich. Schließlich entlastet das bestehende Steuersystem zunehmend große Unternehmen sowie Besserverdienende.⁷

4.3. Wie gerecht ist die garantierte soziale Grundsicherung?

In ihrem neuen Programm hat sich die PDS für Gerechtigkeit im Sinne von Teilhabegerechtigkeit ausgesprochen. Allen soll ein selbstbestimmtes Leben jenseits der Armut möglich sein. »Aber dies muss man sich erst einmal durch Leistung verdienen!« werden jetzt die Gralhüter der Leistungsgerechtigkeit rufen. Doch wer entscheidet, welche Leistung der Gesellschaft nützt? Wer Geld durch Abholzen des Regenwaldes verdient, gilt heute als erfolgreicher Geschäftsmann, obwohl er großen Schaden an unser aller Lebensgrundlage anrichtet. Vincent van Gogh, der selbst nur ein einziges Bild verkaufen konnte, wurde zu Lebzeiten von vielen als Nichtsnutz angesehen, der nur auf Kosten seines Bruders lebte. Heute gelten seine Werke als wichtiges Kulturgut. Soziale Gerechtigkeit im Sinne der Teilhabegerechtigkeit hält es

⁶ Vgl. Deutschmann, Christoph: *Die heimliche Wiederkehr des Keynesianismus. Nicht in hohen Sozialleistungen, sondern in den unrealistischen Renditeansprüchen der Finanzinvestoren liegt die eigentliche Ursache der gegenwärtigen Krise.* In: Frankfurter Rundschau 02.12. 2003.

⁷ So werden durch die geplante Senkung der Einkommenssteuer vor allem diejenigen entlastet, deren Einkommen 500.000 Euro und mehr beträgt.

deswegen mit der Liedzeile »Und weil der Mensch ein Mensch ist « Eine mögliche Schlussfolgerung aus dieser Herangehensweise kann die Befürwortung der garantierten sozialen Grundsicherung sein.